

## **Das Soldatenbild in Parlamentsdebatten**

Beitrag zum Panel „Auswirkungen der Auslandseinsätze der Bundeswehr“ auf der Tagung „Macht in Konflikten – Macht von Konflikten“ der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung, Villigst, 7.-9. April 2011

von Julika Bake

### **Vorbemerkung<sup>1</sup>**

Die Analyseindrücke, die ich im Folgenden vorstellen möchte, sind im Rahmen unseres Forschungsprojekt an der HSFK zum „Bild des demokratischen Soldaten“ entstanden, das von 2006 bis 2010 die normativen und empirischen Soldatenbilder in 13 europäischen Ländern erhoben und verglichen hat. Wie üblich ging ich mit einer bestimmten Fragestellung an das Material, die Bundestagsdebatten von 1993 bis 2007, heran, die Aufgabe war, die Argumente/Kriterien für und wider die Auslandseinsätze der Bundeswehr herauszufiltern und zu gucken, inwiefern die Innere Führung, die Wehrpflicht und der mögliche Tod von Soldaten thematisiert wurden. Wie so oft drängten sich beim Lesen der Debatten, neben Antworten auf die genannte Fragestellung, auch Eindrücke zu anderen Fragen auf, allem voran schienen die Bundeswehrbilder der Sprechenden mit der Zeit sichtbar zu werden und hervortreten. Für den Vortrag heute habe ich meine Eindrücke von damals ergänzt mit einer Analyse der letzten ISAF- und OEF-Debatten. Beim Folgenden handelt es sich also nicht um intersubjektiv abgesicherte Ergebnisse eines langen Forschungsprozesses, sondern um erste Analyseergebnisse und Eindrücke, über die ich mit Ihnen in einen Dialog eintreten möchte.

Konzentrieren möchte ich mich im Folgenden auf die Frage, wie der „Soldat“ in den Parlamentsdebatten des Bundestages beschrieben wird.<sup>2</sup> Tatsächlich wird „der Soldat“ nicht viel genannt und ein „Soldatenideal“ auch nicht explizit diskutiert. Aber dennoch lassen sich Deutungen ausmachen und zu einzelnen Bildern zusammenfügen, die ich skizzieren werde. Dazu gehe ich zunächst einen kleinen Umweg und möchte ein paar Überlegungen in den Raum stellen, welche Rolle die Kommunikation im Bundestag für das Soldatenbild spielt und wie Kommunikation in diesem Raum funktioniert. Dann gehe ich über zum Soldatenbild der Parlamentarier, wie es sich für mich aus den Debatten erschließt<sup>3</sup>, und unterscheide drei Kategorien, in denen von Soldaten gesprochen wird: 1. vom allzeit bereiten Beamten zum internationalen Konfliktdienstleister, 2. vom geborenen Peacekeeper und 3. vom Soldaten, der im Zweifel zum letzten Opfer verpflichtet ist.

### **Warum der Bundestag eine zentrale Rolle für das Soldatenbild spielt**

Was ist die Funktion des Bundestags und insbesondere der parlamentarischen Debatten im Hinblick auf das Soldatenbild?<sup>4</sup> Zum einen dienen sie einer Selbstvergewisserung der Politiker in einem wichtigen Politikbereich<sup>5</sup>; Die Plenardebatten sind der Legitimationsort für politische Entscheidungen, der Schauplatz für gemeinsame Regeln und Werte<sup>6</sup>, das Forum für gegenseitige Abgrenzung und parteipolitische Profilierung<sup>7</sup>. Zum anderen haben sie eine bedeutende Öffentlichkeitsfunktion – denn während die potentiellen Sprecher auf die Abgeordneten begrenzt und der Diskussionsablauf klar vorstrukturiert ist, ist das Parlament ein medienöffentlicher Raum, in dem Themen nicht nur auf die eigene Tagesordnung, sondern zugleich auf die Titelseiten und in die Fernsehnachrichten gebracht werden oder zumindest gebracht werden können. Damit müssen die Sprechenden nicht nur rechnen, sie richten ihre

Kommunikation sogar darauf aus. Das Parlament wird zur Bühne und die – in Mandatsverlängerungen, Haushaltsdebatten, Weißbuchberichten – regelmäßige Fokussierung des politischen Diskurses und damit potentiell auch des öffentlichen Interesses auf die Bundeswehr und ihre Soldaten dürfte diesen angesichts des oft beklagten „freundlichen Desinteresses“ und oft ausgedrückten Wunsches nach mehr Aufmerksamkeit und (An-)Teilnahme entgegenkommen<sup>8</sup> – gerade weil sie, z.B. in der empirischen Untersuchung zu unserem Soldatenprojekt an der HSFK, der Politik eine Vermittlerrolle zwischen Militär und Gesellschaft zuweisen.<sup>9</sup>

Wie wird nun also der Soldat in den Debatten des deutschen Bundestags beschrieben?

### **Vom allzeit bereiten Beamten zum internationalen Konfliktdienstleister**

*So wie sich die Bundeswehr von einer Bundesbehörde zu einer Armee im Einsatz entwickelt, wird der Soldat vom allzeit bereiten Beamten zum internationalen Konfliktdienstleister.*

Jenseits von Sachargumenten und Tagespolitik zeigen sich in den Debatten grundlegende Denkmuster der Parteien zu Militär und Staat im Allgemeinen und der Bundeswehr im Besonderen. Neben ihren Einschätzungen dazu, wie erfolgreich militärische Konfliktregelung sein kann, unterscheiden sich die Parteien vor allem in ihren Vorstellungen davon, ob die Bundeswehr eher als staatstragende Institution oder als politisches Instrument anzusehen ist. Seit Beginn der 2000er Jahre haben sich nahezu alle Parteien dem Bild der Bundeswehr als einer Armee im Einsatz angenähert, nur die LINKE bzw. PDS lehnt Auslandseinsätze der Bundeswehr weiterhin grundsätzlich ab. Die SPD trug ihre innerparteilichen Konflikte darum Mitte der 1990er Jahre aus<sup>10</sup>, die Grünen stimmten mit der Regierungsverantwortung erstmals einem Bundeswehreinsatz im Ausland zu.<sup>11</sup> Bis zum Jahrtausendwechsel sind beide, im Falle der Grünen nach einer langen Zeit des Misstrauens gegenüber der Wirksamkeit militärischer Instrumente, im Laufe der Zeit bei einem recht funktionellen Bild der Bundeswehr als international einsetzbarem Konfliktregelungsinstrument angekommen.<sup>12</sup> Dagegen haben die Unionsparteien in den 1990er Jahren, trotz der von ihnen vorangetriebenen Entwicklung zur Armee im Einsatz, noch ein eher statisches Bild von der Bundeswehr, die vor allem gehegt und gepflegt werden muss – eine zentrale, staatstragende bundesdeutsche Institution, die man generell und unbedingt mit einem möglichst hohen Etat, möglichst vielen Beschäftigten und Standorten erhalten muss.<sup>13</sup>

Heute ist der Unterschied im Bundeswehr- und Soldatenbild feiner, aber weiterhin offenbar: Während die einen eine anlassbezogene Perspektive auf die Bundeswehr entwickelt haben, die nach dem Erfolg möglicher militärischer Interventionen fragt und finanzielle Mittel immer mit konkreten Aufgaben verbindet, hat sich bei den anderen spätestens mit der Aussetzung der Wehrpflicht das Bild eines international ordnungspolitischen Instruments mit einem umfassenden Aufgabenprofil durchgesetzt, das zum internationalen Ansehen Deutschlands beiträgt<sup>14</sup> und das es zu optimieren gilt. Was bedeutet das für das Soldatenbild?

Der Soldat, der in den Augen der einen zuvor eher ein kritisch beäugtes leeres Blatt war beziehungsweise in den Augen der anderen vor allem durch seine bloße Existenz zur Stabilität Deutschlands beitrug und durch immerwährende, nie abgerufene Bereitschaft glänzen konnte und sollte, wird damit meiner Interpretation nach indirekt zum internationalen Konfliktdienstleister gemacht, der nach politischem Belieben losgeschickt wird und, das wird von den genannten Parteien und der FDP immer wieder betont, seine Aufträge mit hoher Professionalität und Leistungsbereitschaft erfüllt. Die PDS bzw. LINKE ist insofern interessant, als dass sie explizit zwischen der Institution (der „Tötungsmaschine“) und dem

Individuum („den armen jungen Menschen“, die den Preis für eine militarisierte Politik zahlen müssten) unterscheidet.

## 1. Der „geborene Peacekeeper“

*Gerade die deutschen Soldaten, die Staatsbürger in Uniform, politisch sensibel und reflektiert, sind für multinationale Friedensmissionen bestens geeignet.*

– so lautet der Konsens unter den Abgeordneten. Meinungsverschiedenheiten gibt es hier zwischen den Parteien kaum. Das Leitbild des Bürgers in Uniform wird gerade in Zusammenhang mit Mandatserteilungen häufig bemüht. Ob auf dem Balkan oder in Afghanistan: die Abgeordneten loben die deutschen Soldaten für ihre kulturelle Sensibilität, Vernunft und Zurückhaltung, für ihr gutes Benehmen im Ausland. Man brauche keine Kommissköpfe, sondern politisch hochsensible Soldaten. Die Bundeswehr und insbesondere das Konzept des Soldaten als Bürger in Uniform würden sich bei einer solchen Aufgabe besser bewähren als jede sich an autoritären Vorbildern vollziehende Ausbildung von Soldaten.<sup>15</sup> Das Konzept der Inneren Führung gebe den Soldaten zusätzliche Sicherheit, weil es ihnen Einfühlungsvermögen und kulturelles Interesse nahelege.<sup>16</sup> Auch im ISAF-Einsatz sei es der Schlüssel zum Erfolg.<sup>17</sup> Gerade in Auslandseinsätzen mit robustem Mandat, so der Wehrbeauftragte Willfried Penner 2005, sei sie gefragt, damit sich Soldaten nicht wie Rambos benähmen. Und zugleich wird, bei allem Lob, schon im Jahr 2000 von Grünen und SPD davon gesprochen, dass die Innere Führung weiter entwickelt werden müsse: Internationalität und Toleranz müssten zum Markenzeichen der Soldaten werden<sup>18</sup>. Diese bräuchten politische Bildung, Urteilsvermögen, diplomatisches Fingerspitzengefühl und Charakterstärke, denn dies seien die Voraussetzungen, um zwischen Parteien zu vermitteln, die sich zuvor noch erbittert bekämpft haben.

Mein Eindruck ist: Mit der zunehmend schwierigen Situation in den von der Bundeswehr kontrollierten Gebieten Nordafghanistans und der politischen Auseinandersetzung darüber, wie man den gewaltsamen Konflikt dort denn nun nennen darf und soll, nehmen die Hinweise auf die Innere Führung auf allen Seiten deutlich ab. Vielleicht, so meine Interpretation, haben sich die Parlamentarier so sehr an das Bild des friedenssichernden Soldaten (in Bosnien, im Kosovo) gewöhnt, dass der offenbar kämpfende sie verunsichert und man deshalb lieber schweigt. Denn wer weiß – unter den Parlamentariern – schon, inwiefern die Innere Führung bei der Aufstandsbekämpfung zum Tragen kommt, ob ein kämpfender Soldat auch so demokratisch integriert und kulturell sensibel sein kann oder nicht?

## 2. Der Soldat: Im Zweifel zum letzten Opfer verpflichtet

*Zwischen zivilem Personal und Soldaten wird ein Unterschied gemacht: wenn Zivile in Lebensgefahr geraten würden, schickt man Soldaten. Die „dürfen“ also sterben. Dieses Risiko wird regelmäßig erwähnt und die Risikobereitschaft der Soldaten gewürdigt, aber eben auch vorausgesetzt.*

Immer wieder wird von den Parteien darauf hingewiesen, dass die Soldaten in den Einsätzen Leib und Leben riskieren und die Parlamentarier durch den Einsatzbeschluss dafür die Verantwortung tragen. Schon in der Debatte um die Fortsetzung des Bosnien Einsatzes 1996 ist davon die Rede<sup>19</sup> – weil man den Peacekeeping Einsatz nach drei Jahren Bürgerkrieg nicht einschätzen konnte, weil die Entsendung von deutschen Truppen noch relativ neu war? Das bleibt Spekulation.

Verbunden wird damit oft der Dank, der den Soldaten gerade im Zusammenhang mit Auslandseinsätzen immer wieder und parteiübergreifend ausgesprochen wird – für ihren

riskanten und professionellen Einsatz<sup>20</sup> unter gefährlichen Umständen<sup>21</sup>. Das Parlament ist damit einem Dilemma konfrontiert: einerseits wird ständig betont, dass die Soldatinnen und Soldaten Rückhalt verdient haben, was gerade von der Union mit einer möglichst breiten Zustimmung zum jeweiligen Mandat gleichgesetzt wird, Konsens also gewünscht ist, andererseits ist es wichtig, sich weiter voneinander abzugrenzen und politisches Profil zu zeigen, was leicht absurd anmuten kann. Karl-Theodor zu Guttenberg stellt daraufhin in der Debatte um die Verlängerung des KFOR-Einsatzes 2006<sup>22</sup> fest, dass danken allein nicht ausreicht: die Tatsache, dass die Fraktion der LINKEN dazu nicht geklatscht habe, zeige, dass der Dank nicht ernstgemeint sei – die Verhaltensregel (man dankt) wird also erweitert (man klatscht), um sich weiterhin voneinander abgrenzen zu können.

Welches Gewicht der mögliche Tod von Soldaten in einer Mandatsentscheidung hat, darüber sind sich die Abgeordneten uneins. Einerseits müsse, so Günther Nolting (FDP) in der ISAF-Debatte 2005, die Beurteilung des Risikos für Leib und Leben der Soldatinnen und Soldaten bei jeder Entscheidung über einen Einsatz der Bundeswehr im Ausland eine herausragende Bedeutung haben.<sup>23</sup> Und ein Jahr später fügt er hinzu, dass das Argument, man würde die Auseinandersetzung in Afghanistan nicht notwendigerweise verlieren, nicht ausreiche, um das Leben von Soldaten zu riskieren.<sup>24</sup> Die Überlegung, dass Soldaten ums Leben kommen könnten, ist andererseits aber nie das ausschlaggebende Argument in der Einsatzdebatte. Denn für Soldaten gelten andere Regeln als für zivile Helfer: so heißt es in der Debatte um den EUFOR-Einsatz im Kongo, dass zivile Konfliktbewältigung besser wäre, man aber nicht Menschen in einen failing state schicken könne, die dort in Lebensgefahr seien.<sup>25</sup> Das Risiko wird regelmäßig erwähnt und die Risikobereitschaft der Soldaten gewürdigt, aber eben auch vorausgesetzt, und zugleich dankt man aufrichtig und von Herzen als Gegenleistung.

Das ist eine Gratwanderung, das zeigt gerade der Einsatz im Kongo. Denn wenn Soldaten geschickt werden, weil es für alle anderen zu gefährlich ist, dann kann auf soldatischer Seite schnell der Eindruck entstehen, die Bundeswehr werde in einer Weise „als willfähriges Instrument verwendet“<sup>26</sup> – dem Motto nach: egal ob sich Gefahr und Erfolgsaussicht die Waage halten, manchmal müssen die Soldaten ihr Leben riskieren, einfach weil man halt keinen anderen befehlen kann. Allem Dank zum Trotz.

### **Erstes Fazit**

Laut Gesetz und Selbstverständnis spielt das Parlament für die Struktur, Fürsorge und Kontrolle der Bundeswehr eine zentrale Rolle. Die öffentlichen Plenardebatten sind einerseits Schauplatz für gemeinsame Regeln und Werte, andererseits das Forum für gegenseitige Abgrenzung und parteipolitische Profilierung. Was das Soldatenbild betrifft, scheint es weitgehend Konsens zu sein, dass letzteres in den Hintergrund tritt, um größtmögliche Einigkeit zu demonstrieren. Den Schritt vom allzeit bereiten Beamten zum internationalen Konfliktdienstleister haben fast alle Parteien vollzogen, auch das Leitbild des Staatsbürgers in Uniform passt aus ihrer Sicht sehr gut zu den neuen Aufgaben der Soldaten. Das Schweigen diesbezüglich in den letzten Afghanistandebatten deutet darauf hin, dass es noch keinen parlamentarischen Konsens darüber gibt, inwieweit sich die Innere Führung – praktisch oder rhetorisch – mit so etwas wie Aufstandsbekämpfung verknüpfen lässt. Und zugleich scheint den Abgeordneten bewusst, dass sowohl der seit Jahren andauernde Transformationsprozess als auch gerade der Afghanistaneinsatz am „goodwill“ der Soldaten zehren und sie antworten auf diese, die Soldaten belastende Situation, mit dem öffentlichen Ausdrücken von Fürsorge und Dank. Sie begleiten die Entwicklungen der Bundeswehr und der Soldaten rhetorisch und vollziehen diese nach, nehmen aber im Bezug auf das Soldatenbild keine gestaltende oder auffordernde Rolle ein.

Bleibt zu fragen, ob der Bundestag damit seinem eigenen Anspruch einer „Parlamentsarmee“ gerecht wird. Gerade in Zeiten, in denen es eine komplexe sicherheitspolitische

Situation für manch einen Soldaten schwierig macht, eine klare politische Strategie zu erkennen und dem eigenen Beruf Sinn zu verleihen<sup>27</sup>, ist dies fraglich. Zumindest könnte er Bedarf an einer Debatte hierzu anmelden und den Soldaten damit in das Licht der Öffentlichkeit rücken.

---

<sup>1</sup> Die folgenden Fußnoten sind wild gemischt, sowohl Quellenangaben als auch „Gedankenstützen“ für eine mögliche schriftliche Ausarbeitung.

<sup>2</sup> Denn: Kommunikation ist die Konstitution und Reproduktion sozialer Systeme, nach Luhmann. Die Frage ist demnach, welche sozialen Systeme konstituiert und reproduziert werden.

<sup>3</sup> Wie Sabine Mannitz schreibt, stehen die Leitbilder der Streitkräfte in direktem Zusammenhang mit der Bestimmung ihres Auftrags: „Das Wozu ist die Schlüsselfrage, und sie ist von der demokratischen Diskursgemeinschaft zu beantworten“ (2007: 9), wenn man es mit der Vereinbarkeit von Militär und Demokratie weiter ernst meint. Vgl. Sabine Mannitz: Bundeswehr als Freund und Helfer in aller Welt? Das Soldatenbild der Bundeswehr auf dem Prüfstand der Transformation. HSFK-Standpunkt Nr. 3/2007.

<sup>4</sup> Er ist zwar nicht die zentrale „normgebende“ Institution, aber dennoch kommt den Aussprachen im Plenum eine wichtige Funktion zu. Das institutionelle, normative Soldatenbild für die Bundeswehr wird an anderer Stelle konzipiert, in der Originalkonzeption zur Inneren Führung“ und der dazugehörigen Zentralen Dienstvorschrift, weiteren politischen Vorgaben des Bundesministeriums der Verteidigung (den Verteidigungspolitischen Richtlinien, dem Weißbuch). Auch die zentralen Gesetzesvorlagen zum Wehrsystem (Stichwort „Aussetzen der Wehrpflicht“) und die Mandate der Auslandseinsätze werden zwar hier beschlossen, aber im Wesentlichen von der Bundesregierung erarbeitet und eingebracht.

<sup>5</sup> Berthold Meyer: Von der Entgrenzung nationaler deutscher Interessen. Die politische Legitimation weltweiter Militäreinsätze. HSFK-Report 10/2007, Frankfurt am Main, S. 31.

<sup>6</sup> „So wie Normen in scheinbar belanglosen Zwiegesprächen vermittelt werden, so werden sie auch in scheinbar belanglosen Interaktionen auf anderen Kommunikationsebenen vermittelt. Bei eingeschränkter Öffentlichkeit werden in einem örtlichen Fußballspiel, einem Wettkampf, einem Schützenfest, einem Umzug Normen vermittelt, ebenso wie dies bei prinzipiell unbeschränkter Öffentlichkeit mit einer Unterhaltungssendung, einem Theaterstück, einer Filmszene geschieht. Die Erfüllung von Normerwartungen und gerade auch die Nicht-Erfüllung von Normerwartungen bestätigen die Gültigkeit der Norm. Es sei denn, die Nicht-Erfüllung einer Normerwartung wird gar nicht als Normverstoß, sondern als normgerecht empfunden. Dann ist die Normerwartung nicht mehr sachgemäß.“; Gerhard Vowe: Technik Im Parlamentarischen Diskurs. Die Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages zum Verhältnis von Technik und Politik. Habilitationsschrift. Darmstadt/Berlin, 1991, S. 68.; abgerufen unter: <http://www.phil-fak.uni-duesseldorf.de/fileadmin/Redaktion/Institute/Sozialwissenschaften/Kommunikations- und Medienwissenschaft/Vowe/diskurs-1.pdf>

<sup>7</sup> „Die Knüpfung der Verabschiedung an die Mehrheit ist das eine Moment, das im Vorfeld zu Komplexitätsbearbeitungen zwingt und deren "gedankliche Vorwegnahme das gesamte Verfahren strukturiert" (154). Das andere Moment ist die Öffentlichkeit der Debatte um das Vorhaben. Auch daraufhin strukturiert sich das Vorfeld; vor allem beeinflusst sie, was im Teilverfahren der Abstimmung an realer Veränderung vorgenommen wird. Eine Debatte in einem Parlamentsplenum findet unter zumeist wenig intensiver Teilnahme der Öffentlichkeit statt. Aber das empirisch messbare Interesse, das der Auseinandersetzung entgegengebracht wird, ändert nicht allzu viel an der Sache selbst. Allein die Möglichkeit von Öffentlichkeit setzt schon die Normen fest. Die Regeln werden andere, das Verhalten richtet sich anders aus und anderes mehr. Die politischen Divergenzen werden dargestellt; es werden Gründe expliziert und Motive verdeckt. Zwar gibt es auch dabei Tabus und einvernehmliches Schweigen, aber die Öffnung zur Öffentlichkeit vermindert die Zahl vertretbarer Positionen, die man in den Abstimmungsverhandlungen einnehmen kann.“; siehe Anmerkung 1, S. 66.

Tatsächlich beschreiben Theorien politischer Kommunikation die Plenardebatten des deutschen Bundestages weniger als Ort der gemeinsamen fachlichen Arbeit und konstruktiven Konsenssuche (diese wird in den Ausschussberatungen, Fraktionssitzungen, Arbeitskreisen und bilateralen Absprachen in fraktionsübergreifenden Gremien durchgeführt), denn als Ort „der Profilierung und der öffentlichen Sichtbarmachung von Personen, von Profilen und Programmen“; siehe Anmerkung 1, S. 124.

<sup>8</sup> Auch Berthold Meyer geht davon aus, dass „Debatten dieser Art (...) dazu beitragen, die öffentliche Aufmerksamkeit zu fördern und damit einhergehend die Parlaments- und Parteienverdrossenheit wie auch die verbreitete Ignoranz über die Einsätze zu vermindern.“ (2007: 31; siehe Anmerkung 1); Am Beispiel

---

der Inneren Führung fordert er, dass nicht nur das Ministerium und die Bundeswehr, sondern auch der Bundestag überlegen und entscheiden sollte, wie das Leitbild vom Staatsbürger in Uniform angesichts eines veränderten Aufgabenspektrums Bestand haben kann. Meyer kritisiert, dass der Deutsche Bundestag der Inneren Führung zwar Wohlwollen entgegen bringe, aber kaum seine Möglichkeiten nutze, „gestaltend an ihrer Fortentwicklung und Absicherung für das veränderte Aufgabenspektrum der Streitkräfte mitzuwirken“; Berthold Meyer: Innere Führung und Auslandseinsätze: Was wird aus dem Markenzeichen der Bundeswehr? HSK-Report Nr. 2/2009, Frankfurt am Main, S. 25.

<sup>9</sup> Etwas, was auch amerikanische und britische Soldaten von Politikern erwarten, wie Christopher Dandeker im vergangenen September auf einer HSK-Tagung bemerkte.

<sup>10</sup> Zum Beispiel in der Abstimmung über die Beteiligung internationaler Bemühungen in Bosnien am 30.6.95 gespalten; ca. 30% der SPD-Abgeordneten stimmten zu, der Rest dagegen.

<sup>11</sup> Noch 1996 sagte Schmidt (CDU/CSU) bezogen auf die militärische Komponente der deutschen Beteiligung an internationaler Politik sinngemäß: Vielleicht kämen die Grünen ja in ein paar Jahren dorthin, wo der Bundestag Gott sei Dank jetzt schon sei, die SPD habe es ja auch geschafft. Hätte es die Union nicht gegeben, hätte dieses Ergebnis nicht erreicht werden können (vgl. 13.12.96, 13149, 1. SFOR-Beschluss).

<sup>12</sup> Alle anderen Parteien unterscheiden sich vor allem in der Gewichtung von militärischen und zivilen Mitteln. Es macht schon einen Unterschied, ob in der Debatte vor der Verlängerung des ISAF-Mandats Heidemarie Wiczorek-Zeul über die Fortschritte beim Wiederaufbau und die Situation der Frauen in Afghanistan spricht oder ob die Union von einer Zweiklassenarmee und internationalen Bündnisverpflichtungen spricht.

<sup>13</sup> Das Beharren auf der Wichtigkeit des Militärs und der militärischen Konfliktregelungsmöglichkeiten (gerade der Union zwischen 1999 und 2004) scheint gerade angesichts sicherheitspolitischer Herausforderungen wie dem Terrorismus seit dem 11. September eher strukturkonservativ als zielorientiert, ist doch zweifelhaft, inwieweit sich das eine zur Bekämpfung des anderen überhaupt eignet.

<sup>14</sup> Bernd Siebert, CDU/CSU, 16066, 22.11.2006

<sup>15</sup> 13.11.1995, 13074

<sup>16</sup> Volker Rühle (CDU/CSU)

<sup>17</sup> So der Wehrbeauftragte Penner 2004 bei der Beratung des Jahresberichts 2003; 15148, 16.12.2004

<sup>18</sup> Jahresberichts 1998 der Wehrbeauftragten (14082 21.1.2000

<sup>19</sup> „Wenn wir ja sagen, übernehmen wir die Verantwortung für Leib und Leben von Soldaten.“; Karsten D. Voigt (SPD), 13.12.1996 13149, 1. SFOR-Beschluss.

<sup>20</sup> Winfried Nachtwei (B90/Grüne) in der ersten Haushaltsberatung für 2005 (15122, 8.9.2004)

<sup>21</sup> Bernd Siebert, CDU/CSU, 16066, 22.11.2006

<sup>22</sup> 1.6.2006, 16037

<sup>23</sup> 28.9.05, 15187

<sup>24</sup> Günther Nolting, FDP, 28.9.06, 16054.

<sup>25</sup> Christoph Strässer, SPD, 1.6.06, 16037.

<sup>26</sup> So zitiert Sabine Mannitz einen Soldaten: „(...)Für verschiedene Operationen (...) hat man ja überhaupt keinen Zivilisten gefunden, der auch nur in Erwägung gezogen hätte, überhaupt dahin zu gehen, weil das zu riskant war, weil die Rahmenbedingungen nicht so waren, wie sich ein Zivilist das üblicherweise vorstellt, sowohl was Dotierung anbelangt, als auch Schutz und dergleichen Dinge mehr! Sodass am Ende doch wieder die Bundeswehr hin musste, weil man die eben befehlen kann (...) Sodass man also sieht, wie – zumindest bei diesen Herrschaften – das Militär einsortiert ist.“; Mannitz 2007: 6; siehe Anmerkung 3.

<sup>27</sup> Vgl. Mannitz 2007: 2; siehe Anmerkung 3.